

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/38

Bonn, den 24. Februar 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 3	<u>Vier Jahre später</u>	85

Drohende Finanzanarchie des Bundes

Von Dr. Alex Möller, MdB

4 - 5	<u>Ist die Wahrheit eine Ausverschämtheit ?</u>	98
-------	---	----

Auszug aus dem Wortprotokoll der 165. Bundestagssitzung

Von Fritz Büttner, MdB, Moers

6	<u>Auf Aufklärungsreise</u>	37
---	-----------------------------	----

Zum USA-Aufenthalt des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden

7	<u>Die Schweiz vor wichtigen Entscheidungen</u>	56
---	---	----

Volksabstimmung über Kredit- und Baubeschränkungen

Von Otto Schmidt, Bern

***** Vorankündigung *****

Nicht mit dem Feuer spielen !

Flucht in den Nationalismus als Ausweg ?
Gefährliche innerdeutsche Entwicklungen

Darüber schreibt in der morgigen Ausgabe des Presse-
dienstes Waldemar von Knoeringen, Mitglied der so-
zialdemokratischen Regierungsmannschaft.

Vier Jahre später

Drohende Finanzanarchie des Bundes

Von Dr. Alex Möller, MdB

Die moderne Finanzpolitik hat im demokratischen Staat die Aufgabe, durch ihren Beitrag eine störungsfreie wirtschaftliche Entwicklung, die politische Stabilität und die anzustrebende soziale Gerechtigkeit sichern zu helfen. Als die SPD im Frühjahr 1961 für die im Herbst stattfindenden Bundestagswahlen erstmalig ein Regierungsprogramm vorlegte, war es verständlich, daß sie es für notwendig hielt, den finanzwirtschaftlichen Teil darzustellen. Das geschah durch mich vor der Bundespressekonferenz im Mai 1961 in Bonn.

Bestimmte Institute haben anschließend in besonderen "Untersuchungen" unter Hinzufügung von Unterstellungen, die durch das SPD-Regierungsprogramm in keiner Weise gerechtfertigt waren, versucht nachzuweisen, daß unser finanzwirtschaftlicher Teil mit seinen Schätzungen unseriös sei. Es sind darüber Denkschriften veröffentlicht worden, auf die in den nächsten Monaten näher einzugehen sich lohnen wird. In den Polemiken ist vor allem hervorgehoben worden, die Einnahmeschätzungen lägen so schief, daß sich schon daraus ergäbe, auf welch schwachen Füßen das ganze Regierungsprogramm der SPD stehe. Heute können wir auf die ganze Schätzungsperiode und auf Ergebnisse zurückblicken, die vom tatsächlichen Ist-Aufkommen der letzten vier Jahre ausgehen.

Bevor ich einige Anmerkungen zu den angeschlossenen zwei Tabellen mache, ist festzuhalten, daß die sozialdemokratische Partei und ihre Bundestagsfraktion nicht über den Apparat des Bundesfinanzministeriums und seine volkswirtschaftliche Abteilung sowie des Statistischen Bundesamtes und der Finanzverwaltung verfügt, sondern diese Zahlen selbst zu erarbeiten hatte. Die Vorausschätzungen stammen aus dem März 1961 und konnten noch nicht einmal die Ist-Ergebnisse des ersten Vierteljahres berücksichtigen.

Zu den zwei Tabellen seien mir einige Anmerkungen gestattet:

Bei Betrachtung der Tabelle I, die die Steuerschätzungen beinhaltet, muß man wissen, daß diese Zahlen bereits die im Regierungsprogramm vorge schlagenen Steuersenkungen in Höhe von 3,428 Milliarden DM berücksichtigen. Wohl gemerkt handelt es sich hierbei nicht um eine Saldierung, also nicht auch um Steuermehreinnahmen durch Änderung des Steuerrechts. Der Vergleich der Etatjahre 1961 und 1965 zeigt, daß nach den Schätzungen der SPD in dem jetzt laufenden Rechnungsjahr rund 20 Milliarden DM Einnahmen mehr zur Verfügung stehen als im Jahr der Schätzung. Nach dem tatsächlichen Ist-Aufkommen unter Berücksichtigung der Regierungsschätzung für das laufende Jahr würde es sich sogar um einen Betrag von 25,8 Milliarden DM handeln.

Eine von der Deutschen Industrie-Verlags GmbH herausgegebene Schrift "Was will die SPD?" kommt in drei Abschnitten (1. Mehraufwendungen 1963, 2. jährliche Mehraufwendungen für von der SPD nicht fixierte Positionen des Regierungsprogramms und 3. Auswirkung der Steueränderungen) zu einem Defizit von rund 14,2 Milliarden DM. Da man wohl damals schon unter der Furcht anderer und besserer Erkenntnisse stand, hat man in den Berechnungen schnell noch eine vierte Position "Berücksichtigung der Eigendynamik der öffentlichen Haushalte" hinzugefügt, um mit dem so entstandenen zusätzlichen Betrag von 3,9 Milliarden DM insgesamt auf rund 18 Milliarden DM zu kommen. Aber auch diese Zahl steht gegenüber der Ergebnis-Tabelle I heute recht einsam und keineswegs mehr provozierend im Raum.

Bei der Tabelle II handelt es sich um die Steuereinnahmen des Bundes im Vergleich zum Gesamtaufkommen an Steuern und öffentlichen Abgaben. Hier mußte die SPD, da sie nicht von Rechtsänderungen ausgehen konnte, den damaligen Anteil des Bundes an allen Steuern mit rund 52 Prozent zugrunde legen. Die Änderungen im Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaft-

steuer haben inzwischen eine Verschiebung zugunsten des Bundes bewirkt; zum Vergleich würde außerdem nach den Ist-Ergebnissen der 52-prozentige Anteil für die einzelnen Jahre errechnet.

Noch eine Bemerkung zur Ausgabenseite: Es muß für das Regierungsprogramm der SPD aus dem Jahre 1961 und seinen finanzwirtschaftlichen Teil unterstrichen werden, daß es die Ausgaben unter bewußter Schwerpunktbildung nicht nur für den Bund, sondern zum Teil auch für Länder und Gemeinden erfaßt hat. Dabei handelte es sich um Aufgaben für einen längeren Zeitraum, der über eine vierjährige Legislaturperiode hinausgehen konnte, und vor allem um Vorhaben, die heute in der öffentlichen Diskussion nicht mehr strittig sind. Das gilt für das Postulat der nachhaltigeren Förderung von Wissenschaft und Forschung genauso wie für das milde Lächeln, mit dem damals die Regierungsparteien die sozialdemokratische Vorstellung eines klaren Himmels an der Ruhr, der Reinhaltung der Luft überhaupt, abzutun versucht haben.

Ein Gesamturteil muß berücksichtigen, daß es in dem damaligen sozialdemokratischen Regierungsprogramm ausdrücklich hieß, daß eine sozialdemokratisch geführte neue Bundesregierung "unabhängige Sachverständige beauftragen wird, Vorschläge zur Finanzreform noch 1962 zu erarbeiten". Im Heft 60 des Instituts "Finanzen und Steuern" des Deutschen Industrie- und Handelstages, herausgegeben im Oktober 1962, wird festgestellt:

- * "Es muß jedes Land dafür sorgen, daß sein Finanzwesen in Ordnung ist.
- * Das Finanzwesen der Bundesrepublik aber ist notleidend - in der Haushaltswirtschaft, in der Besteuerung und in der Verteilung der Steuern auf Bund, Länder und Gemeinden."

Das war so und ist auch heute noch so. Nur ließe sich jetzt noch hinzufügen, daß uns die Finanzpolitik der Bundesregierung, eindrucksvoll manifestiert durch den Bundeshaushalt 1965, an den Rand einer Finanzanarchie zu bringen droht. Die SPD hat nicht das Bedürfnis, mit Zahlen mehr oder weniger trefflich zu streiten, sondern sie so sinnvoll einzusetzen, daß der höchstmögliche Nutzen für die Gesamtheit der Bürger erreicht werden kann.

*

T A B E L L E I

SPD-Schätzungen (Regierungsprogramm 1961) und Steueraufkommen

Rechnungsjahr	SPD-Schätzungen		Tatsächliches Ist-	
	in Mia DM		Aufkommen	
1961	80,8		78,5	
1962	83,4		86,4	
1963	90,3	256,5	91,1	256,0
1964	93,4	351,9	99,4	355,4
1965		100,7		105,3
		452,6		460,7

Relation von
1961 zu 1965:

→ 19,9 Mia DM

↑ 26,8
Mia DM

¹⁾ Voraussichtlich

²⁾ geschätzt, infolge des Steueränderungsgesetzes eintretende Ausfälle sind berücksichtigt.

T A B E L L E I I

SPD-Schätzungen der Steuereinnahmen des Bundes (Regierungsprogramm 1961)
und Steueraufkommen

Rechnungsjahr	SPD-Schätzungen Anteil des Bundes an allen Steuern	Yst-Ergebnisse MiedM	Anteil des Bundes an allen Steuern	52 Prozent aller Steuern
MiedM	%	MiedM	%	
1961	42,0	41,5 ^{a)}	52,8	40,8
1962	44,4	45,3 ^{a)}	52,5	44,9
1963	46,9	48,9 ^{b)}	53,7	47,4
1964	49,6	53,9 ^{cd)}	54,2	51,7
1965	52,4	57,6 ^{cd)}	54,7	54,8
	235,5	247,2		239,6

a) Bundesanteil an der ESt und KSt = 35 Prozent

b) " " = 38

c) " " = 39

d) Soll-Zahlen

+ + +

Ist die Wahrheit eine Ausverschämtheit ?

Auszug aus dem Wortprotokoll der 165. Bundestagsitzung

Von Fritz Büttner, MdB, Moers

Amtierender Präsident Schoettle:

Das Wort hat der Bundesminister der Finanzen, Dr. Dahlgrün, Bundesminister der Finanzen:

"Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Sachliche vorweg." (Zuruf von der SPD: Wollen Sie denn unsachlich werden?)

"Nein, aber nachher will ich auf die ausverschämten Angriffe des Herrn Kollegen Büttner die mir zustehende Antwort erteilen." (Oho-Rufe bei der SPD)

Amtierender Präsident Schoettle:

"Herr Minister, ich muß Sie bitten, diesen Ausdruck zurückzunehmen; ich kann ihn nicht als parlamentarisch zulässig ansehen." (Zurufe von der SPD)

Dr. Dahlgrün, Bundesminister der Finanzen:

"Ich nehme diesen Ausdruck zurück, möchte Sie, Herr Präsident, dann aber fragen, was Sie zu "Wortbruch" und "unredlich" gesagt haben."

Das war das Vorwort des Herrn Bundesfinanzministers zu meinen Ausführungen. Worum ging es in der Sache? Im Einzelplan II des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung waren im Haushaltsplan ursprünglich rund acht Milliarden an Bundeszuschüssen für die Rentenversicherungsträger vorgesehen. Diese Verpflichtung ergibt sich aus § 1389 der Reichsversicherungsordnung. Nun will der Bund in diesem Jahre 750 Millionen DM in Form von Schuldbuchforderungen den Rentenversicherungsträgern geben, über diese 750 Millionen können die Rentenversicherungsträger aber nur im Einvernehmen mit dem Finanzminister verfügen. Die Regierungsparteien im Haushaltsausschuß haben diese weitgehende Ermächtigung dem Finanzminister erteilt.

Im Jahre 1964 haben die Rentenversicherungsträger auch schon einmal 500 Millionen auf diese Weise erhalten. Damals geschah es bei günstigerer Finanzlage in den Rentenversicherung im E i n v e r n e h m e n mit den Rentenversicherungsträgern. In diesem Jahre sind die Rentenversicherungsträger n i c h t gehört worden, ihre Selbstverwaltungsorgane sind übergangen worden. 1964 hat der Finanzminister erklärt, der Vorgang, anstelle von Barmitteln den Rentenversicherungsträgern Schuldbuchforderungen zu geben, werde sich nicht wiederholen. Diese Auffassung und dieses Wort ist von eigenen Parteifreunden im Plenum des Deutschen Bundestages bestätigt worden.

Der Verband der Rentenversicherungsträger hat den zuständigen Bundestagsabgeordneten ein Protestschreiben übersandt. Dieses Schreiben ist von dem Vorsitzenden des Verbandes, dem ODU-Bundestagsabgeordneten Gaßmann, unterschrieben. Dieser hat uns in der Sitzung des Ausschusses für Sozialpolitik dargelegt, daß er nur mit Mühe und Not eine Protestversammlung der Betroffenen und der Verantwortlichen in der Selbstverwaltung habe verhindern können. Er hat uns erklärt, wie bei ungünstigeren Finanzlage gegenüber dem Jahre 1964 die Versicherungsträger in ihren Maßnahmen, die vielschichtig in die Gesundheitspolitik, in die Rehabilitation usw. eingreifen, zum Nachteil der Versicherten und ihrer Familien behindert werden. In den beiden letzten Absätzen des Schreibens des Verbandes, dem Arbeitnehmer und Arbeitgeber angehören, heißt es wörtlich:

* "Die Träger der Rentenversicherung werden durch dieses Vorgehen
* an eine schon einmal geübte Praxis gleicher Art erinnert, durch
* die das Vertrauen der Versicherten stark erschüttert wurde und
* die deshalb von deren Selbstverwaltungsorganen scharf abgelehnt
* wird.

* Der Vorstand des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger
* möchte im Auftrage der Selbstverwaltungsorgane alle Rentenver-
* sicherungsträger davor warnen, das Vertrauen, das die Versicher-
* ten ihrer gesetzlichen Rentenversicherung entgegenbringen, durch
* eine Zwangsanleihe zur Deckung des Bundeshaushaltes zu belasten."

Soweit CDU-Gaßmann.

Ich habe die Kritik in vier Punkten im Plenum zusammengefaßt:

Erstens: Der Beschluß des Haushaltsausschusses geht gegen bestehen-
des, in der Reichsversicherungsordnung festgelegtes Recht.

Zweitens: Das angewandte Verfahren ist ein ungeeigneter Versuch, die
"magische Grenze" des Haushaltsplanes von 63,9 Milliarden
DM auf unredliche Weise durch Manipulationen zu halten,
weil echte Ausgaben in Höhe von 750 Millionen nicht als sol-
che im Haushalt erscheinen. Ich habe die Worte des Herrn
Kollegen Dr. Stoltenberg von vorhin im Ohr, der von Haus-
haltswahrheit und Haushaltsklarheit sprach.

Drittens: Ungeheuerlich ist das Verfahren gegenüber den Selbstver-
waltungsorganen der Rentenversicherungsträger, die unter
Außerachtlassung demokratischer Spielregeln übergangen
worden sind. Das, was 1964 bei günstigeren Finanzverhält-
nissen im Einvernehmen mit den Rentenversicherungsträgern
möglich gemacht werden konnte, ist bei ungünstigerer Fi-
nanzlage o h n e Einvernehmen und dazu noch zu ungün-
stigeren Bedingungen unmöglich, weil es die Handlungsfrei-
heit zum Schaden aller die Volksgesundheit fördernden Maß-
nahmen einschränkt.

Viertens: Das Verfahren verstößt gegen Treu und Glauben. Ein Mini-
sterwort - unterstützt von den Regierungsparteien - daß
sich das, was 1964 geschehen ist, 1965 nicht wiederholen
soll, ist gebrochen worden. Die Rentenversicherungsträger
haben auf diese Zusage des Ministers gebaut und sind ent-
täuscht worden.

Das waren meine Bemerkungen, die den Herrn Minister so erregt haben.
Ich hätte ja vorsichtiger formulieren können: "Der Herr Minister hat
sein Wort nicht gehalten", das wäre höflicher, aber trotzdem gleichbe-
deutend in der Sache gewesen. Ich habe meine Rede auch noch einmal wo-
gen des Wortes "unredlich" nachgelesen. Auch daran kann ich in der Sa-
che nichts zurücknehmen. Wenn man 750 Millionen im Haushaltsplan nicht
verquetschen kann, dann kann man diese gesetzlich festgelegte Ausgabe
nicht als Minderausgabe deklarieren und in Schuldbuchforderungen ver-
zaubern, um die zauberhafte oder magische Grenze von 63,9 Milliarden
zu halten. Das ist unredlich oder Augenauswischerei. Nach Auffassung
des Herrn Finanzministers ist diese Klarstellung ein ausverschämter An-
griff. Der Leser mag sich ein Bild machen und er wird feststellen, daß
die Wahrheit manchmal sehr schmerzt, und zu Ausrutschern, wie geschehen,
führt.

+ + +

Auf Aufklärungsreise

Zum USA-Aufenthalt des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden

sp - Es ist gut, daß der Fraktionsvorsitzende der Unionsparteien im Bundestag, Dr. Barzel, gerade diese Tage zu einer Besuchsreise in die Vereinigten Staaten wählte. An Themenstoff wird es ihm nicht fehlen, auch nicht an zuhörwilligen Gesprächspartnern, zu denen auch Präsident Johnson gehört. Barzel ist immerhin der Vorsitzende der bisher noch größten Regierungspartei im Bundestag. Ein Erfolg wäre ihm wohl zu gönnen. Wir brauchen den guten Willen und die Unterstützung unserer verbündeten Freunde, wir benötigen auch ihre Hilfe zur Überwindung der verfahrenen Nahost-Politik. Mit bloßen Redensarten dürfte aber Barzel bei den kühlen Amerikanern wohl kaum auskommen, auch hatte und hat er für ihn peinliche Fragestellungen zu erwarten.

Das Adenauer-Interview in der NEW YORK TIMES, von Millionen Amerikanern gelesen, löste in den USA Verwirrung und Kopfschütteln aus, sein darin geäußertes Mißtrauen gegen die USA Deutschland- und Europa-Politik hatte erbitterte Reaktionen zur Folge. Adenauer ist ja nicht irgendwer, als Vorsitzender der CDU verfügt er immer noch über Macht und Einfluß und sein Wort kann nicht in den Wind geschlagen werden. Wird es Barzel gelingen, die Scherben wieder zusammenzufügen, die sein Parteivorsitzender mit diesem Interview hinterlassen hat?

Barzel rechnet wieder mit einer Initiative des Westens in der Deutschlandfrage noch in diesem Jahr, obwohl er doch wissen mußte, daß das Frankreich de Gaulles nicht viel davon hält. Die Amerikaner selbst wollen in solche Verhandlungen mit der Sowjetunion nicht mit leeren Händen hineingehen, sie wollen wissen, was sie anzubieten haben, und vor allem wollen sie überzeugende Vorschläge der Bundesrepublik, die von bisherigen bequemen Schemen abweichen, hören. War Barzel in der Lage, bei den amerikanischen Gesprächspartnern mit neuen Ideen aufzuwarten? Das wäre wohl sein ureigenstes Geheimnis. Der CDU-Politiker ist nun davon überzeugt, daß die Bundesregierung keinen Anlaß hat, an der amerikanischen Aufrichtigkeit zu zweifeln, die Deutschlandfrage voranzutreiben. Er berief sich dabei auf die zwei letzten Erklärungen Johnsons. Hoffentlich vertritt Barzel diese in den USA geäußerte Auffassung nun vor der deutschen Öffentlichkeit, auch gegenüber seinem Parteichef Adenauer.

Die Schweiz vor wichtigen Entscheidungen

Volksabstimmung über Kredit- und Baubeschränkungen

Von Otto Schmidt, Bern.

Auch ein Volk, dem es gut geht, hat seine Sorgen, oder hat gerade deswegen Sorgen, wie momentan die Schweiz. Das kleine Land hat gegenwärtig ein Klima einer eigentlichen Konjunkturüberhitzung: Eine aufgeblähte Exportindustrie, fieberhafte Bautätigkeit, eine Invasion von Fremdarbeitern und eine schlimme Wohnungsknappheit besonders in den Städten.

Diese Situation zwang das Parlament, National- und Ständerat, am 13. Mai 1964 zu zwei dringlichen Bundesbeschlüssen "zur Bekämpfung der Fieberung durch Maßnahmen auf dem Gebiete des Geld- und Kapitalmarktes, des Kreditwesens und auf dem Gebiete der Bauwirtschaft". Diese "dringlichen" Maßnahmen traten sofort in Kraft, waren aber auf zwei Jahre beschränkt und mußten nach Verfassung innert Jahresfrist der Volksabstimmung unterstellt werden. Diese Abstimmung findet nun am nächsten Wochenende, am 27./28. Februar, statt und ist seit Wochen Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen.

Welches sind nun die Maßnahmen, die übrigens in dem einen Jahre bereits gesunde Auswirkungen zeitigten? Die Kreditbeschränkung trug wesentlich dazu bei, die Bodenspekulation einzudämmen, die ihrerseits mitschuldig ist an hohen Grundstück- und Mietpreisen. Private und öffentliche Unternehmungen wurden gezwungen, nur wirklich dringliche Projekte in Angriff zu nehmen und die übrigen zurückzustellen.

Der Kreditbeschluß ist aber undenkbar ohne den Baubeschluß, wie diese Maßnahmen kurz genannt werden. Aber gerade der Baubeschluß begegnete großer Opposition, weil viele Leute davon betroffen sind. Nach Artikel 2 war während eines Jahres der Bau von Kinos, Dancings, Saalbauten und anderen Vergnügungslokalen untersagt, ferner Museen, Ausstellungshallen, Kongreßhäuser, Sportanlagen, öffentliche und private Verwaltungsgebäude, Ferien- und Weekendhäuser, Luftseilbahnen, Einfamilienhäuser von über 250.000 Fr. Erstellungskosten, Tankstellen und Servicestationen. Nach Ablauf eines Jahres tritt nun an Stelle eines kategorischen Verbotes die Bewilligungspflicht. - Hand in Hand mit diesen Maßnahmen ging die Diskussion um den Abbau der hohen Zahl der Fremdarbeiter, über 800.000 oder fast 30 Prozent aller Werkstätigen. Der Bundesrat, die schweizerische Regierung, hat trotz heftigen italienischen Protesten beschlossen, die Zahl der Fremdarbeiter bis Ende Juni d.J. um 5 Prozent und bis zum Ende des Jahres um weitere 5 Prozent zu reduzieren. Gleichzeitig wurden schärfere Einwanderungskontrollen angeordnet.

Die Entscheidung über die getroffenen Maßnahmen hat nun in demokratischer Art das schweizer Volk zu treffen, nachdem alle größeren Parteien und die Gewerkschaften für beide Beschlüsse die Ja-Parole ausgegeben haben. Die Nein-Propaganda wird sehr heftig bestritten von großen industriellen und gewerblichen Interessenverbänden, die auch einige einflußreiche Zeitungen hinter sich wissen. Die schweizer Männer (die Frauen haben bekanntlich kein Stimmrecht) tragen eine große Verantwortung, und es stellt sich ernsthaft die Frage, auch in einer traditionellen Demokratie, ob eine solch weittragende Sache, über die sich die Spezialisten streiten und bei der tiefgreifende Kenntnisse der Wirtschafts- und Finanzprobleme vonnöten wären, vor das Volk gehört. Die Abstimmungspropaganda wird denn auch sehr polemisch geführt. Die Gegner argumentieren verfänglich: "Euch geht es gut, wollt ihr, daß es euch schlechter geht? - Also stimmt nein!" Und die Befürworter: "Wollt ihr noch mehr Italiener im Land? - Also stimmt ja!" Gerade weil die Probleme sehr kompliziert sind, wird sich mancher einfache Bürger keinen rechten Vers machen können und der Urne fernbleiben oder der heftigen Propaganda der Gegner zum Opfer fallen. Aber die getroffenen Maßnahmen stehen gerade im Dienste dieses einfachen Bürgers, und so ist auf einen positiven Entscheid des schweizer Volkes zu hoffen.